

„Systematische Kampagne gegen Kirchen im Heiligen Land“

Von Gil Yaron,

[Veröffentlicht am 25.02.2018 von welt.de](#)

Christliche Priester haben eine der heiligsten Kirchen der Welt aus Protest geschlossen. Der Grund dafür ist Kritik an Jerusalems Steuerforderungen – und ein als „rassistisch“ empfundener Gesetzesvorschlag.

Eigentlich sind die verschiedenen christlichen Gemeinschaften, die in [Jerusalems](#) Grabeskirche vertreten sind, für ihren ewigen Bruderzwist bekannt. Umso bedeutender ist der beispiellose Beschluss, den sie am Sonntag in Jerusalem gemeinsam fassten.

- Aus Protest gegen Israels vermeintlich „*systematische Kampagne gegen die Kirchen und die christliche Gemeinde im Heiligen Land*“ beschlossen *Theophilos III.*, griechisch-orthodoxer Patriarch von Jerusalem, *Francesco Patton*, Kustos des Heiligen Landes, und *Nourhan Manougian*, der armenische Patriarch, eine der heiligsten Stätten der Welt für unbestimmte Zeit zu schließen.



Auf unbestimmte Zeit geschlossen: Pilger beten vor den Toren der Grabeskirche - Quelle: REUTERS

Tausende [Pilger](#) stehen nun bis auf Weiteres vor verschlossenen Toren. Anlass für den drastischen Schritt sind zwei voneinander unabhängige Entwicklungen:

1. ein Gesetzesvorschlag, Grundstücke der Kirche in Jerusalem zu verstaatlichen, und
2. die Forderung von Jerusalems Stadtverwaltung, Kirchen sollten mehr als 150 Millionen Euro städtische Steuern nachzahlen.

Hintergrund beider Probleme sind indes Politik und Machenschaften in dunklen Hinterzimmern.



Jerusalems Stadtverwaltung will jahrhundertealte Verträge, laut denen alle Immobilien der 15 verschiedenen Kirchen in der Stadt von der städtischen Steuer befreit sind, neu

interpretieren. Denn viele Grundstücke hier gehören Kirchen, den [Vereinten Nationen](#) oder staatlichen Einrichtungen – die alle keine städtischen Steuern zahlen.

Hinzu kommt, dass 60 Prozent der Stadtbewohner entweder ultraorthodoxe Juden oder palästinensische Araber sind. Sie stellen die ärmsten Bevölkerungsschichten Israels und werden ebenfalls oft von Steuern befreit. Die Folge: Jerusalem ist Israels ärmste Stadt.

Bürgermeister *Nir Barkat* will das ändern. Er drängt die israelische Regierung, den alljährlichen staatlichen „Hauptstadtzuschuss“ (im vergangenen Jahr umgerechnet rund 175 Millionen Euro) zu erhöhen. Er kämpft ohne Bandagen. Unlängst gestattete er der städtischen Müllabfuhr, Tonnen von Unrat vor dem Finanzministerium abzuladen, um den Minister zu drangsalieren. Die Kirchen sollen nun eine weitere Daumenschraube werden.

So veröffentlichte die Stadtverwaltung unlängst ein Rechtsgutachten, wonach die Steuerbefreiung der Kirchen durch den Staat illegal sei. Sie gelte nämlich nur für Gotteshäuser oder Einrichtungen, in denen [Religion](#) gelehrt werde, nicht jedoch für Wohnungen, Restaurants oder Hotels der Kirchen.



Der Stadt seien deshalb rund 165 Millionen Euro Einnahmen entgangen. Nun schritt Barkat zur Tat und versandte Zahlungsaufforderungen an die Kirchen, ließ mehrere ihrer Konten sperren. Der internationale Aufruhr, der nun unwei-

gerlich folgen wird, dürfte Barkat helfen, Israels Regierung zahlungsfreudiger machen.

Zweiter Stein des Anstoßes ist ein Gesetz zur Verstaatlichung von Grundstücken, die die Kirche an private Investoren verkauft hat. Hintergrund sind umstrittene Immobiliengeschäfte des griechisch-orthodoxen Patriarchats. In den 1950er-Jahren verpachtete es einen Teil seiner Grundstücke an israelische Einrichtungen. Seither wurden auf ihnen rund 1500 Wohnungen errichtet. Nun wurde bekannt, dass der Patriarch die Grundstücke an unbekannte private Investoren verkauft hat.

➤ „Diskriminierendes, rassistisches Gesetz“

Es hagelte sofort Kritik: Palästinenser fürchten einen Ausverkauf christlicher Grundstücke an den Judenstaat; und [Israel](#), dass reiche arabische Staaten wie Katar strategisch bedeutsame Grundstücke erwerben könnten.

Nach Ablauf der Pacht von 49 bis 99 Jahren könnten theoretisch Tausende Israelis aus ihren Wohnungen vertrieben oder Zehntausende Palästinenser vor Ort angesiedelt werden. Ein neues Gesetz sieht deshalb die Verstaatlichung bereits verkaufter Grundstücke und die Entschädigung aller Beteiligten vor.

Die Kirchen betrachten die Initiative indes als „diskriminierendes, rassistisches Gesetz“. Es sei Teil eines „beispiellosen Angriffs auf die Kirchen, der deren althergebrachte Rechte verletzt und die Beziehungen zu den Behörden vernichtet“. Mit den Spannungen, die nun zur Schließung der Grabeskirche führten, verwandeln Politiker und Kirchenführer also innenpolitische Spannungen und dubiose Geschäfte in einen diplomatischen Zwischenfall von internationaler Bedeutung.